





ferenz eine wohl im Aussenministerium kompilierte Liste mit an die 40 etablierten Gruppen und potentiellen Teilnehmern, so fanden sich am 1. Juli bloss deren 24 ein, wovon nur 5 auf der ersten Liste aufgeführt waren. Von den andern Organisationen hatte niemand zuvor gehört. Es ist bekannt, dass einige der ursprünglich visierten Gruppen absagten. Andere hingegen waren angereist, wurden aber offenbar nicht zugelassen, und was die unbekanntem Organisationen betrifft, so liegt die Vermutung nahe, dass sie im vergangenen Monat erst auf Veranlassung der EPRDF entstanden sind.

Dann beklagten sich verschiedene Konferenzteilnehmer, sie hätten die Arbeitsdokumente, die Vorentwürfe für die Charta und das Abkommen mit Eritrea, die natürlich auch von der EPRDF vorbereitet worden waren, erst am Tage vor der Konferenz erhalten und keine Zeit für deren Analyse gehabt. Einzelne Partizipanten erweckten im übrigen den Eindruck, des Lesens nicht kundig zu sein; zweifellos hatten viele keine Ahnung vom parlamentarischen Prozedere (z.B. Verfahrensfragen). Es lagen - ausser zahlreichen Manifesten, die in den Hotels verteilt wurden - auch keine formulierten Gegenentwürfe vor. Wenn die Debatten auch lebhaft waren, so wurden schliesslich nur wenige Abänderungsanträge gutgeheissen. Die EPRDF-Vertreter hätten jeweils en bloc gestimmt und den heterogenen und oft unentschiedenen anderen Gruppen kaum eine Chance gelassen. Lediglich die OLF, der einzige bedeutende Kontrahent der EPRDF, soll sich bemerkenswert gut geschlagen und mit wohlbegründeten Voten einige Anträge eingebracht haben.

Kritiker sprechen denn von einem abgekarteten Spiel. Die EPRDF gibt in offiziellen Verlautbarungen ohne weiteres zu, dass die Grundzüge der Politik für die Uebergangszeit mit den wichtigsten Partnern vorbesprochen worden seien (einige tigraystämmige Konservative, die der EDU nahestehen, sollen sogar als juristische Experten und ghostwriters beigezogen worden sein). Man mag der EPRDF zugute halten, dass in Anbetracht der Vielfalt der Gruppen, der unterschiedlichsten Auffassungen und der mangelnden parlamentarischen Erfahrung der meisten derlei Lenkungsmassnahmen wohl nötig waren, um zu verhindern, dass die Konferenz ins Chaos abglitt. Zweifellos stellen solche dirigistischen Eingriffe aber Schönheitsfehler dar, die an die Machenschaften des früheren Regimes erinnern, und sie werden der EPRDF wohl noch vorgeworfen werden.

Weitgehend abwesend bei dieser Konferenz war das bisherige Establishment der Hauptstadt. Einzig die Universität Addis Abeba und die Gewerkschaften konnten einen Vertreter stellen. Zusammen mit amharischen Exilantengruppen (der ziemlich unbekanntem EDC und ENDO) und der früheren konservativen Opposition, der EDU, sollen sie sich für die Bewahrung der staatlichen Einheit und zentralistischer Strukturen eingesetzt haben, damit aber nicht durchgedrungen sein. Sie warfen der EPRDF, die bewusst die verschiedensten Volksgruppen aufgeboten hatte, darauf vor, mit dem Betonen der ethnischen Unterschiede dem Auseinanderbrechen des Vielvölkerstaates Vorschub zu



leisten. Vielleicht ist es aber tatsächlich besser, das unerschwellige Problem offen zu benennen und anzugehen. Jedenfalls klingt die an abstrakten Prinzipien orientierte Einheitsdoktrin angesichts der Völkervielfalt im Saal seltsam weltfremd und "démodé". Die Zeit des Einheitsstaates dürfte in Aethiopien vorbei sein.

## II.

Die Konferenz erarbeitete und verabschiedete

1. eine "Charter governing the transitional period in Ethiopia";
2. "Principles of cooperation between the transitional government of Ethiopia and the provisional government of Eritrea" und
3. die Aufteilung der Sitze im Abgeordnetenrat auf die verschiedenen Parteien.

1. Die **Charta** verankert im ersten Kapitel die demokratischen Rechte: Zum einen die Religions-, Rede- und Vereinsfreiheit sowie das Recht, politische Aktivitäten auszuüben und politische Parteien zu gründen "provided the exercise of such right does not infringe upon the rights of others". Zum andern das Recht der "nations, nationalities and peoples to self-determination", was das Recht auf Verwendung der eigenen Sprache, auf Bestellung einer eigenen Verwaltung und auf Unabhängigkeit einschliesst.

Das zweite Kapitel führt die Prinzipien für die Aussenpolitik auf, die fortan von der Destabilisierung der Nachbarländer absehen soll. Bilaterale Vereinbarungen werden eingehalten, sofern sie "are not contrary to the interests of the people".

Das dritte Kapitel beschreibt die Struktur der Uebergangsgovernment, die bis zur Durchführung freier Wahlen, d.h. während mindestens zweier Jahre, im Amt bleiben soll. Die Legislative stellt ein 87-köpfiger Abgeordnetenrat dar; für später wird ein Zweikammersystem nicht ausgeschlossen. Er wählt seinen Vorsitzenden, der auch Staatschef wird, dessen Stellvertreter und einen Sekretär. Der Staatschef bezeichnet den Premierminister, der und dessen Kabinettsliste wiederum vom Rat genehmigt werden müssen. Die vier Magistraten müssen verschiedenen ethnischen Gruppen angehören. Der Rat wird einen Redaktionsausschuss für eine neue Verfassung bezeichnen; eine eigentliche Konstituante soll später gewählt werden. Die Gerichtsinstanzen arbeiten unabhängig von Legislative und Exekutive. Die Verwaltung wird vermehrt die Vertretung aller ethnischen Gruppen berücksichtigen müssen.

Als **politisches Programm** führt die Charta ausdrücklich die humanitäre Hilfe und die Rehabilitierung der vom früheren Regime Misshandelten (im Zusammenhang mit Krieg, Umsiedlung und Verdörferung) auf. Demgegenüber fehlen Richtlinien für eine Wirtschaftspolitik. Angeblich wurde das Thema zwar kurz diskutiert, nach Feststellen sehr unterschiedlicher Standpunkte beschloss die Konferenz aber, es dem Rat zu überlassen, später bei Bedarf ad hoc Direktiven zu erteilen.

Die Charta soll nun für die Uebergangszeit als Grundgesetz dienen. Alle früheren Erlasse, die mit ihrem Geist und Buchstaben unvereinbar sind, verlieren ihre Rechtskraft.

2. Die EPLF-Delegation wohnte der Konferenz nur als Beobachter bei. Während der **Eritrea**-Debatte wurde jedoch ihrem Führer Issayas Afeworki das Wort erteilt.

Die einstimmig mit einer Enthaltung verabschiedeten **"Prinzipien"** beinhalten die ausdrückliche Anerkennung des Rechtes des eritreischen Volkes, seine Zukunft mittels eines Referendums unter internationaler Aufsicht selbst zu bestimmen. Dieses wird jedoch um zwei Jahre hinausgeschoben. In Anbetracht der vitalen Bedeutung des Hafens Assab für Aethiopien willigt die provisorische eritreische Regierung ein, ihn zu einem freien Hafen zu erklären. Beide Seiten wollen von allen Tätigkeiten, die zum Nachteil der andern reichen könnten, absehen, zur Verhinderung von Destabilisierung und Sabotage zusammenarbeiten und ein gemeinsames Verteidigungsabkommen abschliessen. Für Sicherheits- und Wirtschaftsfragen werden Konsultativausschüsse geschaffen, und die eritreische Seite richtet in Addis Abeba eine hochrangige Delegation ein.

3. Eine Liste mit der **Aufteilung der Sitze** im Abgeordnetenrat liegt zurzeit noch nicht vor. Es versteht sich, dass sich auch hier die Vorstellungen der EPRDF durchsetzten, die den Löwenanteil, aber nicht die absolute Mehrheit erhält, nämlich 32 Sitze, die sich auf ihre verschiedenen Untergruppen verteilen. Die OLF erhält 10, die übrigen Gruppen je 1 bis 3 Sitze. 6 Sitze werden einstweilen noch für allfällig später dazustossende Gruppierungen freigehalten.

Die Delegierten sind nun aufgefordert, ihren Organisationen über die Konferenz Bericht zu erstatten und ihre künftigen Vertreter im Abgeordnetenrat zu bezeichnen. In etwa zwei Wochen wird der Rat dann erstmals zusammentreten und die Wahlen gemäss Charta vornehmen. Bis die neue Regierung und deren Politik feststehen, dürfte es noch erheblich länger dauern.



## III.

Die Reaktionen auf die Konferenzbeschlüsse sind in Addis Abeba einstweilen verhalten. Auch positiv eingestellte westliche Beobachter, die von der Konferenz an sich angetan waren, sind sich bewusst, dass Papier geduldig ist und die EPRDF den Beweis ihrer aufgeschlossenen Gesinnung erst antreten muss. Der Weg zu neuen geordneten Verhältnissen ist noch lang und steinig. Die Haltung der Bevölkerung in der Hauptstadt, wohl aller Schichten, ist bestensfalls diejenige eines "wait and see". Das bisherige Establishment sieht keinen Grund, aus seiner Reserve hervorzutreten, und viele machen die Faust im Sack. Man glaubt, die EPRDF alias TPLF zu kennen, und ihr früheres linksdogmatisches Gebaren, das in ihrem Programm im Januar 1991 bestätigt wurde, ist noch in wacher Erinnerung. So warten alle bloss darauf, dass die EPRDF nun alsbald ihr wahres Gesicht zeigt. Mit der Liquidierung der Armee und der Sicherheitsdienste sowie der Auflösung der bisherigen "Workers' Party of Ethiopia" hat sie bereits bewiesen, dass sie nicht zimperlich ist. Und wenn sie, wie vor kurzem in den Ministerien und sogar an der Universität, wo liberales Denken zu einem guten Teil überleben konnte, ohne weitere Differenzierung die Kader und Professoren als "Liebediener und Marionetten Mengistus" hinstellte, so hat sie es auch verstanden, unnötig böses Blut und Aengste zu schaffen. Viele Beamten bangen nun um ihre Stelle. Auch dass die EPRDF Eritrea einfach ziehen lassen will, können ihr die amharischen Patrioten nicht verzeihen.

Zeichen von mehr als passivem Widerstand sind allerdings momentan nicht auszumachen. Es wäre auch rätselhaft, wie sich eine "Resistance" organisieren könnte. In Verstecken dürfte es kaum mehr genügend Waffen und Munition geben, und die früheren militärischen Führer sind zum grössten Teil interniert. Die Exil-Amharen sind für neue Waffengänge (noch) nicht genügend organisiert, und die Nachbarländer, jedenfalls Sudan, welche die EPRDF und andere Rebellengruppen gegen Mengistu unterstützen haben, werden ihr Terrain kaum als Réduit zur Verfügung stellen. Gegen eine baldige Revanche spricht auch die Kriegsmüdigkeit des äthiopischen Volkes. Die Drahtzieher brauchten ja wiederum Fussvolk, das sich für ihre Sache einspannen lässt, und dieses wird seine Haut in der nächsten Zeit auch für teures Geld nicht verkaufen wollen. Selbst die frustrierte Oberschicht in Addis Abeba muss eingestehen, dass das Ende des Krieges schon einen immensen Gewinn darstellt.

Demgegenüber wäre nicht verwunderlich, wenn die nächsten ernsthaften Auseinandersetzungen innerhalb der EPRDF getragen würden. Die Guerilla aus dem Norden, welche die zahlenmässig eher bescheidene Machtbasis von Meles Zenawi darstellt, ist, wie der Alltag in Addis Abeba zeigt, weitgehend dem kommunistischen Credo verhaftet. Sie wird es schwer verstehen, wenn ihr Führer nun einen integrationistischen Kurs steuert und Wasser in den marxistischen Wein giesst. Im Unter-

schied zu den unterlegenen Amharen wären diese Opponenten aber bewaffnet. Auf Meles Zenawi warten schwierige Balance-Uebungen. Er dürfte bald ein einsamer Mann sein.

Der Schweizerische Botschafter



( Ruf )

**Beilagen** (für PA II, PS und DV)

- "Charter" )
- "Principles" ) 1. Fassung der EPRDF (Die endgültige Fassung mit einigen Zusätzen liegt noch nicht vor.)
- Teilnehmerliste

CHARTER GOVERNING THE TRANSITIONAL PERIOD IN ETHIOPIA

Whereas, the overthrow of the military dictatorship that has ruled Ethiopia for Seventeen years presents a historical moment, providing the peoples of Ethiopia with the opportunity to restructure the state democratically.

Whereas, the military dictatorship was, in essence, a continuation of the previous regimes and its demise marks the end of an era <sup>of subjugation and oppression</sup> ~~of subjugation and oppression~~ thus starting a new chapter in Ethiopian history in which freedom, equal rights and self-determination of all the peoples shall be the governing principles of political, economic and social life and thereby contributing to the welfare of the Ethiopian peoples and rescuing them from centuries of subjugation and back wardness.

Whereas, peace and stability, as an essential condition of development require the end of all hostilities, the healing of wounds caused by conflicts and the establishment and maintainance of good neighborliness and co-operation.

Whereas, for the fulfillment of the aforementioned conditions and for the reigm of a just peace, the proclamation of a democratic order is a categorical imperative, and;

Whereas, to this end, all institutions of repression installed by the previous regimes shall be dismantled the rights and interests of the deprived citizens safe guarded by a democratic government elected by and accountable to, the people and regional prejudices redressed.

NOW THEREFORE IT IS HEREBY DECLARED THAT;

I. Democratic Right

1. Individual human rights shall fully, and without any limitations what so ever; be respected. To this end, every individual shall have;

a/ The freedom of warship, expression association and peaceable assembly.

.../3



b / The right to engage in unrestricted political activity and to organize political parties provided the exercise of such right does not infringe upon the rights of others.

2. The right of nations, nationalities and peoples to self-determination is affirmed. To this end, each nation, nationality and people is guaranteed the right to;

a/ Preserve its identity, promote its culture and history and to use and develop its language.

b/ Administer its own affairs within its own defined territory and to effectively participate in the central government on the basis of freedom, fair and proper representation,

c/ Exercise its right to self determination of independence when the concerned people is convinced that the above rights are denied, abridged or abrogated.

.../4

## II. PRINCIPLES GUIDING FOREIGN POLICY

The Transitional Government will conduct its foreign relations on the basis of the principles of respect for the sovereignty and equality of states and non intervention and non interference in internal affairs as well as the promotion of mutual interests, accordingly it solemnly declares that it,

1. shall cease forthwith the policy of destabilization and conflict promotion hitherto actively pursued by the previous regime with respect to the country's neighbours
2. shall abide by all bilateral agreements that respect the sovereignty of Ethiopia and are not contrary to the interests of the people.

## III. STRUCTURE AND COMPOSITION OF THE

### TRANSITIONAL GOVERNMENT

1. There shall be established a transitional government consisting of a council of ministers and a council of representatives.



2. The Transitional Government shall exercise all legal political responsibility for the governance of Ethiopia until an elected government assumes power on the basis of a new constitution.
3. The council of representatives shall exercise legislative and oversight functions including the following:
  - a/ promulgation and initiation of decrees and laws pursuant to the charter;
  - b/ adoption of national budget,
  - c/ election of its chairperson, who shall also be the head of state, and a vice chairperson and secretary, the head of state shall appoint the prime minister.
  - d/ approve the prime minister's nomination of the council of ministers drawn-up on considerations of ascertaining a broad national representation, technical competence and unswerving adherence to the charter governing the transitional period.

- e. provide for the administration of justice on the basis of this charter;
  - f. establish the constitutional commission,
  - g. ratify international agreements,
  - h. create committees for defence and security policy during the transitional period,
  - I. provide the mechanism to ascertain the control and fair share of the mass media,
  - J. draw-up it's rules of procedure,
4. The council of representatives shall be composed of representatives of national liberation movements, other political organizations and prominent individuals, to make-up a total of no more than 87.

#### IV. TRANSITIONAL PROGRAMME

The following provisions for a transitional period have been adopted in order to lead the country towards full democracy.

.../7



A. POLITICAL

1. The council of representatives shall constitute the constitutional commission to draw up a draft national constitution.

The constitutional commission shall submit to the council of representatives the draft constitution,

2. upon adoption of the draft constitution by the council of representatives the constitution shall be presented to the population for discussion,

The final draft shall be presented for adoption to the constituent assembly to be elected pursuant to the final draft,

3. Elections to a National Assembly shall be held on the basis of the provisions of the new constitution,

The provisional government shall handover power to the party or parties that gain a majority in the national assembly.

The said national elections shall be held no later than two years after the establishment of the transitional government. Provided however, that the period can be extended by the council of representative for no more than six months.

4. There shall be a law establishing local and regional councils for local administrative purposes defined on the basis of nationality. Elections for positions in such local and regional councils shall be held within three months of the establishment of the transitional government, wherever local conditions allow,

#### RELIEF AND REHABILITATION

The transitional government is unequivocally determined to ensure the delivery of relief assistance to areas ravaged by war and drought. In connection with this, it shall:

1. give priority to the rehabilitation of those sections of the population that have been severely affected by the war, returned prisoners of war as well as those populations that have been uprooted by the previous regimes policy a villagization and forced resettlement.



The rehabilitation of those uprooted by the previous regimes policy of villagization and forced resettlement shall be done in accordance with desire of the uprooted persons.

2. take immediate steps to reconstruct or repair the infrastructure that has been destroyed or damaged by the war,
3. give special consideration to hitherto neglected areas,
4. make special efforts to dispel ethnic mistrust and to eradicate the ethnic hatred that have been fostered by the previous regime.

PRINCIPLES OF COOPERATION BETWEEN THE TRANSITIONAL  
GOVERNMENT OF ETHIOPIA AND THE PROVISIONAL GOVERNMENT OF  
ERITREA

Recognizing that the Eritrean people's right of self-determination was frustrated by the converging interests of previous expansionist Ethiopian regimes and those of external powers;

Fully aware that this fact prevented all peaceful means for redressing the wrongs and for meeting the legitimate demands of the Eritrean people, thus resulting in the armed struggle.

Conscious of the tragic fact that, as a consequence, war has been the lot of the Eritrean and Ethiopian peoples, with all its attendant horrors;

Recognizing the right of the Eritrean people to determine their political future in accordance with universally accepted principles and mechanisms accorded to other ex-Italian colonies, namely through an internationally supervised referendum;

Being keenly aware that the conclusion of war in Eritrea is the outcome of a bitter and costly struggle of the Eritrean people in pursuit of self-determination, and of the struggle of the Ethiopian people for a democratically restructured Ethiopian state.

.../

Mindful of the mutuality of the economic interests between Ethiopia and Eritrea, and consequently of the need to promote cooperative efforts beyond the transitional period;

The Contracting Parties have agreed as follows:

1. The Transitional Government of Ethiopia recognizes the right of the Eritrean people to determine its political future by an internationally supervised referendum.
2. Aware of the technical exigencies related to holding a referendum and recognizing its contributions to the successful implementation of the transitional programmes in Ethiopia and the promotion of mutual interests as well as peace and stability in the region, the Provisional Government of Eritrea has deferred the referendum for two years.
3. The Provisional Government of Eritrea recognizes the vital importance of the port of Assab to Ethiopia's economic welfare and development and considers it not to be a source of conflict between the peoples of Ethiopia and Eritrea. Consequently, it has deemed it necessary to make Assab a free port to Ethiopia.
4. The two sides share the view that the end of hostilities creates a mutually-felt need to actively cooperate in a common defence against aggression, destabilization and sabotage.



5. In particular, each side shall solemnly undertake to desist from engaging in any activities which may endanger peace and security in the territory of the other, to actively promote efforts which shall contribute to peace and stability in their respective territorial jurisdictions and, to this end, agree, to enter into a mutual defence agreement.
6. Both sides agree to create joint consultative committees on issues related to security, economic activities and the movement of peoples, goods and services.
7. The two sides share an identity of views on the need to eliminate past sources of conflict, hostilities and suspicion and to promote salubrious conditions for harmonious relations, mutual trust and confidence between their respective peoples and, to that end, to encourage the free flow of ideas and to promote exchange in cultural and other activities.
8. The two sides have agreed to establish a High Level Eritrean Delegation in Addis Ababa to facilitate cooperation between them.

# Conference Participants

(ENA) — The following are political and nationality group's organisations as well as international organisations and foreign countries represented as delegates and observers at the national conference on peace and democracy in Ethiopia:

## DELEGATIONS:

1. The Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF)
2. The Benishangul People's Liberation Movement (BPLM)
3. The Ethiopian Democratic Union (EDU)
4. The Ethiopian Democratic Council (EDC)
5. The Ethiopian National Democratic Organisation (ENDO)
6. The Ethiopian Democratic Action Group (EDAG)
7. The Gambella People's Liberation Movement (GPLM)
8. The Gurage Nationality
9. The Hadiya Nationality
10. The Western Somali Liberation Movement (WSLF)
11. Workers' Representatives
12. University Teachers' Representatives
13. The Sidama Liberation Movement (SLM)
14. The Somali Abo Liberation Front (SALF)
15. The Oromo Islamic Liberation Front (OILF)
16. The Oromo People's Liberation Front (OPLF)
17. The Omotic People's Representatives
18. The Oromo Liberation Front (OLF)
19. The Afar Liberation Front (ALF)
20. The Adere People's Representative
21. The Issa and Gedebersi Peoples Movement (IGPM)
22. The Kambata People's Representative
23. The Wollaita People's Representative
24. The IFLO

## OBSERVERS:

1. The Eritrean People's Liberation Front (EPLF)
2. The United Nations Organisation
3. The Organisation of African Unity
4. The European Economic Community
5. The United States of America
6. The Union of the Soviet Socialist Republics
7. Great Britain
8. Japan
9. Sweden
10. Sudan
11. Nigeria
12. Kenya
13. Italy
14. France
15. The Republic of Djibouti
16. Canada
17. China
18. Australia
19. The Ad Hoc committee for Peace
20. The Ethiopian Catholic Church
21. The Ethiopian Orthodox Church
22. The All Ethiopia Islamic Association